

**DWS Investment GmbH
60612 Frankfurt am Main**

An die Anteilhaber der Sonstigen Sondervermögen

**Capital Growth Fund (ISIN: DE000DWS0UY5)
PWM US Dynamic Growth (USD) (ISIN: DE000DWS0T52)**

Wir beabsichtigen, die folgenden Änderungen der Allgemeinen und Besonderen Anlagebedingungen mit der Genehmigung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) für die oben genannten Sonstigen Sondervermögen vorzunehmen:

A. Anpassung der Allgemeinen Anlagebedingungen

Die Allgemeinen Anlagebedingungen werden auf die Muster-Anlagebedingungen des Deutschen Fondsverband BVI (Bundesverband Investment und Asset Management e.V.) angepasst.

Neben redaktionellen Änderungen kommt es zudem in den §§ 13, 16, 17, 18, 23, 24 und 26 zu den nachstehend aufgeführten Änderungen.

§ 13 der Allgemeinen Anlagebedingungen („Wertpapier-Darlehen“)

Der Absatz 3 wird wie folgt umformuliert und ergänzt: „Die Gesellschaft kann sich auch eines von einer Wertpapiersammelbank organisierten Systems zur Vermittlung und Abwicklung der Wertpapier-Darlehen bedienen, das von den Anforderungen nach § 200 Absatz 1 Satz 3 KAGB abweicht, wenn von dem jederzeitigen Kündigungsrecht nach Absatz 1 nicht abgewichen wird.“

§ 16 der Allgemeinen Anlagebedingungen („Anteile“)

Die bisherige Formulierung des Absatz 1 Satz 1 lautete wie folgt: „Die Anteile am Sondervermögen lauten auf den Inhaber und werden in einer Sammelurkunde verbrieft; (...)“ Dieser wird wie nachfolgend geändert. Zudem wird Absatz 1 Satz 2 zu einem neuen Absatz 2 und wird um den Satz ergänzt, dass verbrieft Anteilscheine in einer Sammelurkunde verbrieft werden. Absätze 3 und 4 werden gelöscht.

Absatz 1 und 2 lauten künftig daher wie folgt:

„§ 16 Anteile

1. Die Anteile am Sondervermögen lauten auf den Inhaber und werden in Anteilscheinen verbrieft oder als elektronische Anteilscheine begeben.
2. Verbrieft Anteilscheine werden in einer Sammelurkunde verbrieft; die Ausgabe von Einzelurkunden ist ausgeschlossen. Mit dem Erwerb eines Anteils am Sondervermögen erwirbt der Anleger einen Miteigentumsanteil an der Sammelurkunde. Dieser ist übertragbar, soweit in den BABen nichts Abweichendes geregelt ist. (...)“

§ 17 der Allgemeinen Anlagebedingungen („Ausgabe und Rücknahme von Anteilen, Beschränkung und Aussetzung der Rücknahme“)

Der Paragraph wird ergänzt um die Regelung hinsichtlich der Beschränkung der Rücknahme von Anteilen. Aufgrund dessen wird Absatz 3 um den Satz ergänzt, dass die Besonderen Anlagebedingungen Rückgabefristen vorsehen können. Zudem wird der Absatz 4 als neuer Absatz eingefügt.

Künftig lauten die Absätze 3 und 4 wie folgt:

„§ 17 Ausgabe und Rücknahme von Anteilen, Beschränkung und Aussetzung der Rücknahme
(...)“

3. Die Anleger können von der Gesellschaft die Rücknahme der Anteile verlangen. Die BABen können Rückgabefristen vorsehen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Anteile zum jeweils geltenden Rücknahmepreis für Rechnung des Sonstigen Sondervermögens zurückzunehmen. Rücknahmestelle ist die Verwahrstelle.

4. Soweit in den BABen nichts Abweichendes geregelt ist, bleibt der Gesellschaft jedoch vorbehalten, die Rücknahme von Anteilen für bis zu 15 Arbeitstage zu beschränken, wenn die Rückgabeverlangen der Anleger einen Schwellenwert erreichen, ab dem die Rückgabeverlangen aufgrund der Liquiditätssituation der Vermögensgegenstände des Sondervermögens nicht mehr im Interesse der Gesamtheit der Anleger ausgeführt werden können. Der Schwellenwert ist in den BABen festgelegt. Er beschreibt das Rückgabeverlangen prozentual zum Nettoinventarwert des Sondervermögens.

In diesem Fall wird die Gesellschaft dem Rückgabeverlangen je Anleger nur anteilig entsprechen, im Übrigen entfällt die Rücknahmepflicht. Dies bedeutet, dass jede Rücknahmeorder nur anteilig ausgeführt wird. Der nicht ausgeführte Teil der Order (Restorder) wird von der Gesellschaft auch nicht zu einem späteren Zeitpunkt ausgeführt, sondern verfällt (Pro-Rata-Ansatz mit Verfall der Restorder).

Weitere Einzelheiten zum Verfahrensablauf der Rücknahmebeschränkung sind dem Verkaufsprospekt zu entnehmen. Die Gesellschaft hat die Beschränkung der Rücknahme der Anteile sowie deren Aufhebung unverzüglich auf ihrer Internetseite zu veröffentlichen (...).

§ 18 der Allgemeinen Anlagebedingungen („Ausgabe- und Rücknahmepreise“)

Die Berechnung des Anteilwertes hängt künftig auch davon ab, ob es in den Besonderen Anlagebedingungen abweichende Regelungen gibt. In Absatz 1 Satz 1 wird daher der folgende Halbsatz ergänzt: „Soweit in den BABen nicht Abweichendes geregelt ist, (...)“. Zudem wird in Satz 2, aufgrund der Anpassungen in § 16 der Allgemeinen Anlagebedingungen, der Verweis auf den bisherigen § 16 Absatz 2 hinsichtlich der Bildung von unterschiedlichen Anteilklassen korrigiert auf Absatz 3.

Der Absatz 1 lautet künftig wie folgt:

„§ 18 Ausgabe- und Rücknahmepreise

1. Soweit in den BABen nicht Abweichendes geregelt ist, werden zu Berechnung des Ausgabe- und Rücknahmepreises der Anteile werden die Verkehrswerte der zu dem Sonstigen Sondervermögen gehörenden Vermögensgegenstände abzüglich der aufgenommenen Kredite und sonstigen Verbindlichkeiten („Nettoinventarwert“) ermittelt und durch die Zahl der umlaufenden Anteile geteilt („Anteilwert“). Werden gemäß § 16 Absatz 23 unterschiedliche Anteilklassen für das Sonstige Sondervermögen eingeführt, ist der Anteilwert sowie der Ausgabe- und Rücknahmepreis für jede Anteilklasse gesondert zu ermitteln.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände erfolgt gemäß §§ 168 und 169 KAGB und der Kapitalanlage-Rechnungslegungs- und Bewertungsverordnung („KARBV“). (...).

§ 23 der Allgemeinen Anlagebedingungen („Wechsel der Kapitalverwaltungsgesellschaft und der Verwahrstelle“)

Die Übertragung eines Sondervermögens auf eine andere Kapitalverwaltungsgesellschaft wird zum einen im Bundesanzeiger und darüber hinaus im Jahres- oder Halbjahresbericht bekannt gemacht. Bisher wurden die Anleger auch unverzüglich mittels eines dauerhaften Datenträgers über dieses Ereignis unterrichtet. Künftig fällt diese Art der Mitteilung weg und die Übertragung wird nur noch mittels Bundesanzeiger, Jahres- oder Halbjahresbericht sowie in den in dem Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien bekannt gemacht.

Absatz 2 lautet künftig wie folgt:

„§ 23 Wechsel der Kapitalverwaltungsgesellschaft und der Verwahrstelle

(...)

2. Die genehmigte Übertragung wird im Bundesanzeiger und darüber hinaus im Jahresbericht oder Halbjahresbericht sowie in den in dem Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien bekannt gemacht. Die Übertragung wird frühestens drei Monate nach ihrer Bekanntmachung im Bundesanzeiger wirksam. (...).

§ 24 der Allgemeinen Anlagebedingungen („Änderungen der Anlagebedingungen“)

In Absatz 2 wird die Bedingung gestrichen, dass Änderungen, welche die Anlagegrundsätze des Sonstigen Sondervermögens betreffen, der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der Gesellschaft bedürfen.

Absatz 3 wird dahingehend angepasst, dass künftig ein dauerhafter Datenträger nur noch bei anlegerbenachteiligenden Kostenänderungen, anlegerbenachteiligenden Änderungen in Bezug auf wesentliche Anlegerrechte sowie im Falle von Änderungen der Anlagegrundsätze des Sonstigen Sondervermögens gemäß § 163 Absatz 3 KAGB zu übermitteln ist. Zudem wird die Klarstellung ergänzt, dass die Anleger bei Änderungen der bisherigen Anlagegrundsätzen zusätzlich über ihre Rechte nach § 163 Absatz 3 KAGB zu informieren sind.

Des Weiteren wird in Absatz 4 die Frist, zu der Änderungen der Kosten und der Anlagegrundsätze frühestens in Kraft treten können, von drei Monaten auf vier Wochen nach entsprechender Bekanntmachung geändert.

Die Anlagegrenze lautet künftig wie folgt:

„§ 23 Änderungen der Anlagebedingungen

1. Die Gesellschaft kann die Anlagebedingungen ändern.

2. Änderungen der Anlagebedingungen bedürfen der vorherigen Genehmigung durch die Bundesanstalt.

3. Sämtliche vorgesehenen Änderungen werden im Bundesanzeiger und in den im Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien bekannt gemacht. In einer Veröffentlichung nach Satz 1 ist auf die vorgesehenen Änderungen und ihr Inkrafttreten hinzuweisen. Im Falle von anlegerbenachteiligenden Kostenänderungen im Sinne des § 162 Absatz 2 Nummer 11 KAGB oder anlegerbenachteiligenden, Änderungen in Bezug auf wesentliche Anlegerrechte sowie im Falle von Änderungen der Anlagegrundsätze des Sonstigen Sondervermögens im Sinne des § 163 Absatz 3 KAGB sind den Anlegern zeitgleich mit der Bekanntmachung nach Satz 1 die wesentlichen Inhalte der vorgesehenen Änderungen der Anlagebedingungen und ihre Hintergründe in einer verständlichen Art und Weise mittels eines dauerhaften Datenträgers zu übermitteln. Im Falle von Änderungen der bisherigen Anlagegrundsätze sind die Anleger zusätzlich über ihre Rechte nach § 163 Absatz 3 KAGB zu informieren.

4. Die Änderungen treten frühestens am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Bundesanzeiger in Kraft, im Falle von Änderungen der Kosten und der Anlagegrundsätze jedoch nicht vor Ablauf von vier Wochen nach der entsprechenden Bekanntmachung.“

§ 25 der Allgemeinen Anlagebedingungen („Streitbeilegungsverfahren“)

Die Regelungen zum Streitbeilegungsverfahren werden als neuer § 25 aufgenommen und lauten wie folgt:

„§ 25 Streitbeilegungsverfahren

Die Gesellschaft hat sich zur Teilnahme an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle verpflichtet.

Bei Streitigkeiten können Verbraucher die Ombudsstelle für Investmentfonds des BVI Bundesverband Investment und Asset Management e.V. als zuständige Verbraucherschlichtungsstelle anrufen. Die Gesellschaft nimmt an Streitbeilegungsverfahren vor dieser Schlichtungsstelle teil.

Die Kontaktdaten lauten:

Büro der Ombudsstelle des BVI

Bundesverband Investment und Asset Management e.V.,

Unter den Linden 42,

10117 Berlin,

www.ombudsstelle-investmentfonds.de.

Die Europäische Kommission hat unter www.ec.europa.eu/consumers/odr eine europäische Online-Streitbeilegungsplattform eingerichtet. Verbraucher können diese für die außergerichtliche Beilegung von Streitigkeiten aus Online-Kaufverträgen oder Online-Dienstleistungsverträgen nutzen. Die E-Mail-Adresse der Gesellschaft lautet: info@dws.com.“

B. Anpassungen der Besonderen Anlagebedingungen

Aufnahme der Beschränkung der Rücknahme von Anteilen

Die Gesellschaft kann künftig die Rücknahme von Anteilen beschränken, wenn ein bestimmter Schwellenwert erreicht wird. Diese Regelung wird als neuer Paragraf aufgenommen und lautet für die nachstehenden Sonstigen Sondervermögen wie folgt:

Für das Sonstige Sondervermögen Capital Growth Fund:

„§ 35 Rückgabebeschränkung

Die Gesellschaft kann die Rücknahme beschränken, wenn die Rückgabeverlangen der Anleger mindestens 10% des Nettoinventarwertes des Sonstigen Sondervermögens erreichen („Schwellenwert“).“

Für das Sonstige Sondervermögen PWM US Dynamic Growth (USD):

„§ 36 Rückgabebeschränkung

Die Gesellschaft kann die Rücknahme beschränken, wenn die Rückgabeverlangen der Anleger mindestens 10% des Nettoinventarwertes des Sonstigen Sondervermögens erreichen („Schwellenwert“).“

Die redaktionellen und klarstellenden Änderungen in den Allgemeinen und Besonderen Anlagebedingungen haben keinerlei inhaltliche Auswirkungen.

Die Änderungen der Allgemeinen und Besonderen Anlagebedingungen treten am 1. Oktober 2021 in Kraft.

Sofern die Anteilhaber mit den Änderungen der Allgemeinen und Besonderen Anlagebedingungen nicht einverstanden sind, können sie ihre Anteile an dem Sonstigen Sondervermögen kostenlos zurückgeben. Bitte wenden Sie sich diesbezüglich an Ihre depotführende Stelle.

Die jeweils gültigen Vertragsbedingungen, der Verkaufsprospekt sowie die wesentlichen Anlegerinformationen sind bei der DWS Investment GmbH kostenlos erhältlich sowie online unter www.dws.de abrufbar.

Frankfurt am Main, im September 2021

Die Geschäftsführung